



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Bundesregierung stärkt benachteiligte Stadtteile mit 1,2 Milliarden Euro

01.09.2016 Fachinformation

Mit der ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt "Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier" der Bundesregierung erhalten Stadtteilzentren und Sportstätten, Kitas und Schulen, aber auch Fortbildungsangebote und Gesundheits- und Verbraucherberatung eine Förderung. Problemviertel sollen damit wirkungsvoller und dauerhafter als bisher unterstützt, Städtebauprojekte besser mit sozialen Angeboten verzahnt werden. Die Strategie soll verhindern, dass es zu starkem sozialen Gefälle und zu "Polarisierungstendenzen" in den Wohnvierteln kommt. Auch ländliche Regionen profitieren von dem neuen Förderprogramm.

Die Details zu den Fördermitteln des Bundes

Die Bundesregierung wird die soziale Stadtentwicklung in den kommenden vier Jahren entsprechend des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2017 zusätzlich mit 300 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesbauministeriums (BMUB) unterstützen. Davon stehen jährlich 200 Millionen für einen neuen Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ zur Verfügung, mit dem die Kommunen unter anderem Kitas, Schulen und Stadtteilzentren in Quartieren mit besonderen sozialen Integrationsanforderungen zu „Orten der Integration“ umbauen können. Weitere 10 Mio. fließen in bundeseigene Projekte und Programme zur Umsetzung der ressortübergreifenden Strategie. Der Stadtumbau wird zusätzlich mit 50 Millionen gefördert. Davon profitieren insbesondere auch ländliche Regionen. Das Programm „Soziale Stadt“ wird ab 2107 jährlich um weitere 40 Millionen aufgestockt.

<https://bbu.de/beitraege/bundesregierung-staerkt-benachteiligte-stadtteile-mit-12-milliarden-euro>